



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

8. Ratssitzung vom 1. Juli 2026

339. 2026/153

Dringliche Motion von Martina Zürcher (FDP) und Matthias Renggli (SP) vom 08.04.2026:

Verkehrsunterricht für alle Schulkinder im Kindergarten und in der Primarschule

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Martina Zürcher (FDP)** begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 6071/2026): Vor gut 30 Jahren war ich mit zwei Kindern aus der Nachbarschaft, nennen wir sie Nadine und Philipp, auf dem Weg zur Primarschule. Die Kürbergstrasse in Höngg war damals noch eine 50er-Zone. Philipp wollte, anstatt den Fussgängerstreifen zu benutzen, quer über die Strasse rennen. Nadine drohte dann, das dem Schulpolizisten Meyer zu sagen. Polizist Meyer war der zuständige Verkehrsinstruktor für das Schulhaus, das wir besuchten. Die Drohung hat viel besser gewirkt, als wenn ein Elternteil oder eine Lehrperson involviert gewesen wäre. Der Verkehrsunterricht ist ein zentraler Beitrag zur Sicherheit von Kindern im Strassenverkehr. Im Kindergarten und in der Primarschule erwerben Kinder grundlegende Kompetenzen, um sich sicher und allein zu Fuss oder mit dem Velo im Strassenverkehr zu bewegen. Eine flächendeckende Verkehrsschulung für alle Kinder ist darum in unseren Augen unerlässlich. Kinder hören viel besser auf den Schulpolizisten oder die Schulpolizistin als auf die Eltern oder andere Bezugspersonen. Bis heute haben Verkehrsinstruktorinnen und Verkehrsinstruktoren der Stadtpolizei darum nicht nur öffentliche Schulen besucht, sondern teilweise auch private Schulen auf dem Stadtgebiet. Weil das Kommissariat Prävention aber über zu wenig Stellen verfügt, hat die Stadtpolizei die betroffenen Schulen kürzlich informiert, dass sie den Verkehrsunterricht und die Velo-Prüfung an privaten Schulen einstellen wollen. Für die Verkehrssicherheit von Schulkindern ist es aber nicht relevant, ob die Kinder in eine öffentliche oder eine private Schule gehen. Ausserdem sind Verkehrsinstruktorinnen und Verkehrsinstruktoren ein wichtiges Bindeglied zwischen der Stadtverwaltung und verschiedenen Schulwegproblematiken. Darum fordern wir in unserer Motion, dass der Stadtrat sicherstellt, dass alle Schülerinnen und Schüler von Kindergärten und Primarschulen auf dem Stadtgebiet Verkehrsunterricht bekommen. Dazu sollen dem Bedarf entsprechend zusätzliche Stellen bei den Verkehrsinstruktoren geschaffen werden. Der Stadtrat weist richtigerweise darauf hin, dass wir als Gemeinde gemäss gesetzli-*



chen Vorgaben nur verpflichtet sind, Verkehrsunterricht in den öffentlichen Schulen anzubieten. Wir dürfen aber auch mehr tun. Aus der Antwort des Stadtrats wissen wir, dass in Zürich derzeit 82 Privatschulen registriert sind. Diese werden von rund 5000 Kindern mit Wohnsitz in der Stadt Zürich besucht. Es gibt dabei ein breites Spektrum vom Montessori-Kindergarten über die Rudolf-Steiner-Schule und International Schools bis hin zu katholischen oder jüdischen Schulen. Dass ein paar zusätzliche Stellen bei den Verkehrsinstruktoren die Steuerzahlenden etwas kosten, ist uns klar. Aber nach unserer Einschätzung sind Ressourcen bei der Verkehrssicherheit der kleinsten und unerfahrensten Teilnehmenden sehr gut investiert. Das ist um Welten besser als Präventionskampagnen wie «Grosi an Bord» oder ähnliche Aktionen. Ausserdem zahlen auch Eltern von Stadtzürcher Kindern, die Privatschulen besuchen, in der Stadt Zürich Steuern. Für die Verkehrssicherheit von Schulkindern ist es nicht relevant, welche Schule sie besuchen – es sind unsere Kinder auf unseren Strassen. Wir alle haben ein Interesse daran, dass sich die Kinder im Strassenverkehr möglichst geschickt verhalten und keine Unfälle passieren.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat hat die Dringliche Motion von Martina Zürcher (FDP) und Matthias Renggli (SP) geprüft. Leider müssen wir sie ablehnen, weil der Vorstoss nicht motionabel ist. Die Motion verlangt eine kreditschaffende Weisung zur Schaffung von Stellen. Dies ist eine Kompetenz, die gemäss Gemeindeordnung beim Stadtrat liegt und nicht durch eine Motion vom Gemeinderat geändert werden kann. Der Stadtrat hat jedoch viel Verständnis und Sympathie für das Anliegen. Wir teilen das Ziel dieser Motion voll und ganz. Jedes Kind in Zürich, egal ob es eine öffentliche oder private Schule besucht, soll sicher zum Kindergarten oder zur Schule laufen können. Verkehrsunterricht ist nicht bloss ein Zusatzangebot, sondern ein essenzieller Teil des Unterrichts, und trägt ganz klar zur Verkehrssicherheit bei. Der Lehrplan 21 verankert sicheres Verhalten im Verkehr richtigerweise als fachbereichsübergreifendes Ziel. Das gilt für alle Schulen. Jetzt komme ich zum rechtlichen Teil, den wir berücksichtigen müssen. Gemäss dem Polizeiorganisationsgesetz hat die Stadtpolizei den Auftrag, Verkehrsunterricht an den Volksschulen zu erteilen. Mit Volksschule ist im Sinne des Volksschulgesetzes die öffentliche Volksschule gemeint. Dazu gehören auch die öffentlichen Kindergärten. Aus dem Volksschulgesetz lässt sich keine Verpflichtung der Polizei ableiten, an Privatschulen Verkehrsunterricht zu erteilen. Das heisst aber nicht, dass uns die Sicherheit der Kinder, die in eine Privatschule gehen, nicht wichtig ist. Im Gegenteil: Früher hat die Stadtpolizei teilweise auch in Privatschulen den Verkehrsunterricht durchgeführt. Das ist historisch so gewachsen. Diese Praxis war aber immer freiwillig. Sie war abhängig von den Ressourcen der Stadtpolizei, die uns heute einfach nicht zur Verfügung stehen. Auch die Ressourcen für den Verkehrsunterricht an den öffentlichen Schulen sind heute sehr knapp. Die Personalkosten für den Verkehrsunterricht werden zu 75 Prozent vom Schulamt und zu 25 Prozent von der Stadtpolizei getragen. Alle Sachkosten, beispielsweise Lehrmittel und Betriebsmaterial, sind im Budget des Schulamts enthalten. Die Ressourcen beziehungsweise Stellen für die Verkehrsinstruktor*innen sind auf die Anzahl der Schüler*innen an öffentlichen Schulen ausgelegt. Das sind Polizeiangehörige



*mit einer dreijährigen Zusatzausbildung. Ihre Kapazitäten sind bereits heute voll ausgeschöpft. Eine Erweiterung des Angebots auf Privatschulen durch neue Stellen bei der Stadtpolizei würde bedeuten, dass man Polizist*innen aus der Grundversorgung abziehen müsste, wo ebenfalls ein Engpass besteht. Zum Schluss möchte ich aber betonen, dass der Stadtrat den Vorstoss sehr gern als Postulat entgegennimmt. Im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften soll geprüft werden, ob und wie ein freiwilliges, ergänzendes Angebot für Privatschulen möglich ist. Ob durch Kooperationen mit den Schulen, durch externe Partner, Fördermodelle oder andere kreative Lösungen: Wir suchen nach Wegen, wie wir das wichtige Ziel der Verkehrssicherheit für unsere Kinder erreichen können, ohne die polizeiliche Grundversorgung zu gefährden. Aus diesem Grund lehnt der Stadtrat das Anliegen als Motion ab, nimmt es als Postulat aber entgegen.*

Weitere Wortmeldungen:

Karin Saxer (SP): Verkehrskunde ist sehr wichtig. Wissen, wie man sich im Verkehr bewegt, rettet Leben. Für Kinder, egal in welcher Schule, ist es extrem wichtig, dass sie lernen, wie sie sich als Fussgänger oder auch als Velofahrer und später als Elektrorollerfahrer sicher im Verkehr bewegen können. Klar gibt es Lehrmittel und Hefte. Dies ist für die Kinder aber nicht so schön wie das Erlebnis, wenn ein Polizist ihre Schule besucht. Auch Velofahrübungen auf der Strasse mit dem Polizisten sind eine tolle Sache. Die Kinder lernen hier nicht nur in der Theorie, sondern vor allem, wie sie sich in der Praxis verhalten sollen. Gerade die Praxisnähe ist ein grosser Vorteil des städtischen Verkehrsunterrichts. Die Ausbildung ist optimal auf das dichte Zürcher Verkehrsnetz ausgelegt. Kinder lernen sicheres Verhalten im Tramnetz, im Mischverkehr und an unübersichtlichen Kreuzungen. Die Vorbereitung auf die städtische Veloprüfung, meist in der fünften Klasse, trainiert die Koordination und das korrekte Einspuren im dichten Stadtverkehr. Ich erinnere mich noch gut, wie das bei meinen Söhnen war. Es war ein richtiges Highlight, als sie diese Prüfung machen konnten und mit einer silbernen oder goldenen Medaille nach Hause kamen. Die Verkehrsschulung ist eine lebensrettende Prävention. Durch den Unterricht der Schulpolizei vom Kindergarten bis zur Oberstufe lernen Kinder, Gefahren zu erkennen und entwickeln ein hohes Verantwortungsbewusstsein für sich und andere. Der Verkehrsunterricht ist nicht nur für Kinder ein Segen. Er trägt auch zur allgemeinen Verbesserung der Sicherheit im Verkehr bei. So sind auch Fussgänger und andere Verkehrsteilnehmer sicherer, wenn Kinder wissen, wie man sich im Verkehr bewegt. Wenn es um die verbesserte Sicherheit der Kinder und der Gesamtbevölkerung geht, sollte man alles unternehmen, um diese zu optimieren. Darum muss die Motion unbedingt unterstützt werden.

Dr. Roland Hohmann (Grüne): Auch für uns Grüne haben die Verkehrssicherheit und die Schulwegsicherheit grosses Gewicht. Wir teilen auch die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre, dass die Schulwegsicherheit und die Verkehrssicherheit keine Themen sein dürfen, die davon abhängen, ob ein Kind in eine Privatschule oder in eine öffentliche Schule geht. Uns überzeugen aber auch die Antworten des Stadtrats, die STR Karin Rykart dargelegt hat. Das Schaffen von Stellen liegt im Kompetenzbereich des Stadt-



rats. Aus dem Volksschulgesetz lässt sich kein Anspruch für die Verkehrsschulung ableiten. Die Ressourcen bei der Polizei sind knapp und die Stellen, welche die Motionärinnen und Motionäre beantragen, würden zulasten von Stellen für die Grundversorgung der Polizei gehen. Daher begrüssen wir den Vorschlag des Stadtrats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Das ist eine sehr gute Lösung. Sie ermöglicht auch eine schnelle und gute Verbesserung der Situation.

Sophie Blaser (AL): Ja, Verkehrsunterricht ist wichtig und richtig. Aber, Martina Zürcher (FDP), Erziehungsmassnahmen via Drohungen an einen Schulpolizisten auszulagern, ist ungefähr genauso wirksam wie eine Auslagerung an den Samichlaus. Es funktioniert einfach nicht. Aus dieser Geschichte am Anfang habe ich auch herausgehört, dass das Mädchen regelkonform ist und der Bub Drohungen braucht. Vielleicht liegt es auch am ineffizienten Erziehungsstil, dass er nicht gehorchen wollte. Kein Polizist kann das regeln. Im Übrigen möchte ich die Verkehrspolizist*innen, die ich kenne, auch nicht als Drohung missbrauchen, weil sie ausserordentlich nett, verständnisvoll und empathisch mit den Kindern umgehen. Keines der Kinder hat Angst vor ihnen, und das ist auch richtig und wichtig so. Private machen es nicht besser. In vielen Gemeinden gestalten sie den Verkehrsunterricht nämlich mit dem Material des Touring Club Schweiz (TCS). Wir wollen die Schüler*innen dieser Stadt, ob in privaten oder öffentlichen Schulen, nicht dem Verkehrsverständnis des TCS aussetzen. Ob wir das selbst finanzieren oder nicht, ist aus unserer Sicht genau zu prüfen. Dass der Unterricht von der Stadtpolizei durchgeführt wird, ist uns aber wichtig. Wir wären auch für den Einsatz von mehr Ressourcen zu haben. Meiner Erfahrung nach ist es gerade für Personen, die neu in der Verkehrsinstruktion sind, schwierig, den Unterricht zu geben und gleichzeitig Verkehrsdelikte zu ahnden. Es ist nämlich horrend und wahnsinnig erschreckend, wie viele Verkehrsteilnehmende in direkter Anwesenheit von Verkehrspolizist*innen beispielsweise stehende Kolonnen überholen, die nur deshalb warten müssen, weil dort ein kleines Kind noch nicht ganz einschätzen kann, wie lange es dauert oder ob das Auto jetzt losfährt oder nicht. Es ist erschreckend, wie viele Gas geben, wenn sie finden, dass das Kind zu lange wartet. Insofern würden wir es unterstützen, wenn die Instruktor*innen zu zweit wären, um genauer kontrollieren zu können, dass die Verkehrsregeln eingehalten werden. Erfahrene Verkehrsinstruktor*innen können das sehr gut. Sie merken sich die Delikte und ahnden diese im Nachhinein. Wir werden die Motion unterstützen.

Roman Mörgeli (SVP): Sophie Blaser (AL), ich habe in meiner Schulzeit sehr wohl sowohl auf den Verkehrspolizisten als auch auf den Samichlaus gehört. Als Familienvater ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass alle Kinder in der Stadt eine gute Verkehrsschulung erhalten. Das Anliegen ist sinnvoll und verdient Unterstützung. Die Verkehrssicherheit von Kindern sollte nicht davon abhängen, ob sie eine öffentliche oder eine private Schule besuchen. Die Motion verlangt aber schon heute ganz konkrete Massnahmen und zusätzliche personelle Ressourcen. Bei wichtigen Fragen fehlt im Moment noch die Grundlage. So ist zum Beispiel nicht klar, wie viel zusätzliches Personal die Stadtpolizei braucht, welche Kosten entstehen und wie diese finanziert werden sollen. Ebenfalls offen ist, ob es alternative Organisations- oder Finanzierungsmodelle gibt und wie um-



fangreich der Verkehrsunterricht an Privatschulen heute tatsächlich ist. Bevor der Gemeinderat den Stadtrat verpflichtet, neue Stellen zu schaffen, sollten diese Punkte gründlich abgeklärt werden. Ein Postulat ist darum das bessere Instrument. Es gibt dem Stadtrat den Auftrag, den Bedarf, die organisatorischen Auswirkungen, die personellen Folgen und die finanziellen Konsequenzen sorgfältig zu prüfen und dem Gemeinderat eine fundierte Entscheidungsgrundlage vorzulegen. Der Stadtrat soll insbesondere aufzeigen, wie viele Schülerinnen und Schüler an Privatschulen betroffen sind, wie gross der zusätzliche Personalbedarf bei der Stadtpolizei ist, mit welchen jährlichen Personal- und Sachkosten zu rechnen ist, welche alternativen Lösungsansätze infrage kommen und wie die Verkehrsschulung für alle Kinder langfristig sichergestellt werden kann. Aus diesen Gründen unterstützen wir das Anliegen, aber in der Form eines Postulats statt einer Motion. So kann die Verbesserung der Verkehrsschulung seriös abgeklärt werden, bevor eine verbindliche finanzielle und personelle Verpflichtung eingegangen wird.

Karin Weyermann (Die Mitte): Selbstverständlich steht auch Die Mitte für Verkehrssicherheit ein. Kinder sollen in diesem Bereich gut ausgebildet sein. Wir teilen die Auffassung des Stadtrats, dass es keine staatliche Aufgabe ist, diese Bildung für Privatschulen zu übernehmen. Der Stadtrat hält in seiner Antwort fest, dass diese Teil des Lehrplans ist, an den sich Privatschulen halten müssen. Wir begrüssen es aber, wenn der Stadtrat mit den Privatschulen Lösungen sucht und sie bei Bedarf allenfalls auch unterstützen kann. Wir werden den Vorstoss als Motion ablehnen und als Postulat annehmen.

Christine Huber (GLP): STR Karin Rykart und Karin Weyermann (Die Mitte) haben vieles bereits gesagt. Für das Protokoll will ich festhalten: Wir unterstützen das Anliegen als Postulat, nicht aber als Motion. Die Gründe wurden bereits genannt. Das Anliegen ist aber auch der GLP wichtig.

Martina Zürcher (FDP) ist einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Sophie Blaser (AL), Respekt ist nicht gleich Angst. Die Kinder schauen zu den Verkehrsinstruktorinnen und Verkehrsinstruktoren auf. Wir sind damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, wie es von einigen gewünscht wurde.

Das Postulat GR Nr. 2026/343 (statt Dringliche Motion GR Nr. 2026/153, Umwandlung) wird mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat